

06/06
A. Guis R

KV-Nr.: 3223

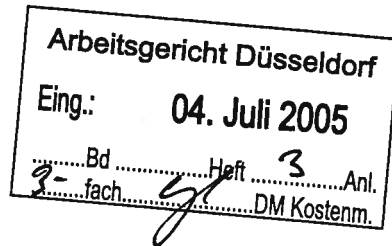
Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 9 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

Dr. iur. Leander Peterson

Dr. iur. Leander Peterson Königsallee 41 40212 Düsseldorf

An das
Arbeitsgericht Düsseldorf
Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf



Dr. iur. Leander Peterson
Rechtsanwalt
und Fachanwalt für Arbeitsrecht

Charlotte Reinhard
Rechtsanwältin

Königsallee 41
40212 Düsseldorf

Telefon (0211) 13 68 68
Telefax (0211) 13 73 94

Düsseldorf, 04.07.2005

KLAGE

des Herrn Jörg Ücker, Paulsmühlenstr. 8, 40597 Düsseldorf, vertreten durch seine
Mutter Frau Elfriede Ücker, ebenda,

Klägers,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Peterson und Reinhard, Düsseldorf,

g e g e n

Herrn Fritz Falter, Friedrich-Ebert-Str. 12, 40210 Düsseldorf,

Beklagten,

wegen: Ausbildungsvergütung und Urlaubsabgeltung

Namens und in Vollmacht des Klägers erheben wir Klage und stellen den Antrag:

**Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 1.365,00 Euro brutto nebst
Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz hinaus ab
Rechtshängigkeit zu zahlen.**

BEGRÜNDUNG

Der Kläger, dessen Vater verstorben ist, wurde am 16.12.1987 geboren und war in der Zeit vom 01.08.2003 bis zum 30.04.2005 bei dem Beklagten als auszubildender Koch beschäftigt. Seine Ausbildungsvergütung betrug monatlich 455,00 Euro brutto bei einer 5-Tage-Woche und einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden.

Beweis: Ausbildungsvertrag vom 30.07.2003, in Kopie als Anlage K1.

Mit der Klage begehrt der Kläger die Zahlung rückständiger Ausbildungsvergütung für die Zeit vom 01.02.2005 bis zum 30.04.2005, mithin den Betrag von 1.365,00 Euro brutto.

Eine Entgeltabrechnung für den o. g. Zeitraum hat der Kläger bislang nicht erhalten, jedoch ein vom Beklagten unter dem 17.05.2005 ausgestelltes Zeugnis.

Beweis: Zeugnis vom 17.05.2005, in Kopie als Anlage K2.

Da der Kläger sich im März 2005 entscheiden hat, seine Ausbildung als Koch zu beenden, hat er sein Ausbildungsverhältnis mit Zustimmung seiner Mutter mit Schreiben vom 24.03.2005 zum 30.04.2005 schriftlich gekündigt.

Beweis: Kündigungserklärung vom 24.03.2005, in Kopie als Anlage K3.

Mit Schreiben vom 01.06.2005 hat der Unterzeichner die rückständige Ausbildungsvergütung erfolglos angemahnt, so dass Klage geboten ist.



(Dr. Peterson)

Rechtsanwalt

Hinweis des LJPA: Von einem Abdruck der Anlagen K1 und K3 wurde abgesehen. Diese haben den angegebenen Inhalt. Es ist davon auszugehen, dass die Kündigung formgerecht erfolgt ist.

HOTEL FALTERHOF

Seit 1728 im Besitz der Familie Falter

Düsseldorf

INHABER: Fritz Falter

Herrn Jörg Ücker
Paulsmühlenstr. 8
40597 Düsseldorf

40211 Düsseldorf
Kurfürstenstraße 12
Düsseldorf, den 17.05.2005

ZEUGNIS

Herr Jörg Ücker, geboren am 16.12.1987, war in der Zeit vom 01.08.2003 bis zum 30.04.2005 in meinem Haus als

KOCH

in der Ausbildung.

Das Hotel-Restaurant „Falterhof“ ist ein modernes Tagungshotel bestehend aus 30 Hotelzimmern, zwei Restaurants sowie einem Bankettbereich bis zu 120 Personen.

Gerne bescheinige ich Herrn Ücker Ehrlichkeit, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Herr Ücker war den Kollegen und der Geschäftsleitung gegenüber stets höflich und zuvorkommend.

Auf eigenen Wunsch verlässt Herr Ücker mein Haus; der Lehrvertrag wurde in beiderseitigem Einvernehmen gelöst. Für den weiteren Berufs- und Lebensweg begleiten Herrn Ücker meine allerbesten Wünsche.

Hotel-Restaurant „Falterhof“

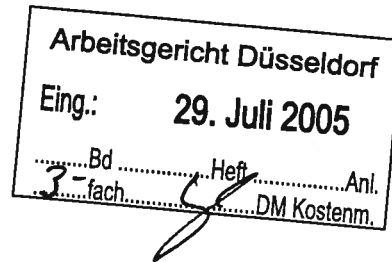

Falter

Rechtsanwälte
Dr. Köhler ■ von Platwitz ■
Dr. Berching ■ Dr. Utsch ■ Dr. Pfleging

Dr. Köhler, von Platwitz und Partner GbR Königsallee 29 40212 Düsseldorf

An das
 Arbeitsgericht Düsseldorf
 Ludwig-Erhard-Allee 21

40227 Düsseldorf



Dr. Heinrich Köhler

Rechtsanwalt
 Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Wilhelm von Platwitz

Rechtsanwalt
 Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. Christian Berching

Rechtsanwalt
 Fachanwalt für Strafrecht

Dr. Gereon Utsch

Rechtsanwalt

Dr. Karsta Pfleging

Rechtsanwältin
 Fachanwältin für Arbeitsrecht

Königsallee 29
40212 Düsseldorf

Telefon (0211) 13 70 68
Telefax (0211) 13 70 94

Datum: 29.07.2005

In dem Rechtsstreit
 Ücker ./.. Falter
 - 4 Ca 770/05 -

zeigen wir an, dass wir den Beklagten vertreten.

In der mündlichen Verhandlung werden wir beantragen,

die Klage abzuweisen.

Begründung:

Zwischen den Parteien ist ein Ausbildungsverhältnis abgeschlossen worden, das am 01. August 2003 begonnen hat. Mit Pachtvertrag vom 17.01.2005 hat der Beklagte das Hotel-Restaurant „Falterhof“ an Frau Vera Brückner, wohnhaft Riedstraße 9, 41462 Neuss, mit Wirkung ab dem 01.02.2005 verpachtet.

Beweis: Vorlage des Pachtvertrages vom 17.01.2005, in Kopie als Anlage B1.

Frau Brückner hat zum 01.02.2005 den Betrieb des Hotels übernommen. Sie hat ab diesem Datum den Geschäftsbetrieb unter Inanspruchnahme der bisherigen Lieferantenbeziehungen und des Kundenstamms unter dem neuen Namen „Hotel Schwarze Rose“ allein geführt und verantwortlich geleitet. Die vereinbarte Pacht von monatlich 4.000,00 Euro wurde ordnungsgemäß zum 03.02.2005 überwiesen.

Beweis: Zeugnis der Frau Vera Brückner, Riedstraße 9, 41462 Neuss.

Der Beklagte hingegen hatte sich mit Wirkung zum 01.02.2005 aus dem Betrieb des Hotels völlig zurückgezogen.

Beweis: Wie vor.

Der Beklagte hat der gesetzlichen Vertreterin des Klägers den Betriebsübergang auf Frau Brückner mit Schreiben vom 18.01.2005 mitgeteilt und auf die rechtlichen Folgen des Betriebsüberganges hingewiesen.

Beweis: Schreiben vom 18.01.2005, in Kopie als Anlage B2.

Aufgrund dessen ist Frau Brückner in den Ausbildungsvertrag mit dem Kläger mit Wirkung ab dem 01.02.2005 eingetreten. Da es im vorliegenden Fall um Lohn aus dem Zeitraum, in dem Frau Brückner bereits den Hotelbetrieb geleitet hat, geht, ist daher nicht der Beklagte, sondern Frau Brückner die richtige Anspruchsgegnerin.

Soweit der Kläger das Zeugnis vom 17.05.2005 vorlegt, hat es damit folgende Bewandtnis: Der Kläger kam, nachdem er das Ausbildungsverhältnis gegenüber Frau Brückner zum 30.04.2005 gekündigt hatte, zusammen mit seiner Mutter in den Betrieb, konnte dort aber niemanden antreffen. In ihrer Not wandten sie sich an den Beklagten, der nur einige 100 m weit von dem Hotelbetrieb sein Privathaus bewohnt. Der Beklagte hat dann entgegenkommender Weise, damit der Kläger über ein Zeugnis verfügt, das Zeugnis vom 17.05.2005 ausgestellt. Dadurch, dass er als Zeitraum, für den das Zeugnis ausgestellt wurde, auch die drei Monate, in denen der Kläger nicht mehr bei ihm, sondern bei Frau Brückner beschäftigt war, aufgenommen hat, wollte der Beklagte nicht zum Ausdruck bringen, dass er für diese drei Monate ein Beschäftigungsverhältnis zwischen sich und dem Kläger für begründet hielt. Er wollte dem Kläger nur einen Gefallen tun, damit dieser für den gesamten Zeitraum, in dem er in dem Hotel beschäftigt war, ein Zeugnis erhält.

Mit aller Deutlichkeit muss darauf hingewiesen werden, dass sich der Beklagte zu keinem Zeitpunkt bereit erklärt hat, Verpflichtungen aus dem auf Frau Brückner übergegangenen Ausbildungsverhältnis zu übernehmen.

Beweis: Parteivernehmung.

Nach alledem ist die Klage daher abzuweisen.


(Dr. Pflöging)

Rechtsanwältin

Hinweis des LJPA: Von einem Abdruck der Anlagen B1 und B2 wurde abgesehen. Diese haben den angegebenen Inhalt. Anlage B2 entspricht den Voraussetzungen des § 613a Abs. 5 BGB.

Rechtsanwaltspraxis

Dr. iur. Leander Peterson

Dr. iur. Leander Peterson Königsallee 41 40212 Düsseldorf

An das
Arbeitsgericht Düsseldorf
Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

Dr. iur. Leander Peterson
Rechtsanwalt
und Fachanwalt für Arbeitsrecht

Charlotte Reinhard
Rechtsanwältin

Königsallee 41
40212 Düsseldorf

Telefon (0211) 13 68 68
Telefax (0211) 13 73 94

Arbeitsgericht Düsseldorf		
Eing.:	30. August 2005	
.....Bd.....	Heft.....	Anl.....
3-fach.....	DM Kostenm.....	

Düsseldorf, den 30.08.2005

In dem Rechtsstreit
Ücker ./i. Falter
- 4 Ca 770/05 -

erwidern wir auf den Schriftsatz der Gegenseite wie folgt:


Wie der Kläger zwischenzeitlich erfahren hat, wurde das Hotel-Restaurant „Schwarze Rose“ nunmehr wieder auf den Beklagten zurück übertragen. Seither wird das Hotel wieder durch den Beklagten unter dem Namen „Falterhof“ und nicht mehr durch Frau Brückner geführt. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass der Beklagte Frau Brückner vor Abschluss des Pachtvertrages gefälschte Bilanzen über den Hotelbetrieb vorgelegt hat. Frau Brückner hat den Pachtvertrag über das Hotel daher wegen arglistiger Täuschung angefochten.

Beweis: Zeugnis der Frau Vera Brückner, von der Gegenseite b. b.

Der mit dem Beklagten geschlossene Pachtvertrag war folglich gemäß §§ 123 Abs. 1, 142 Abs. 1 BGB von Anfang an nichtig. Ein Betriebsübergang im Sinne des § 613a BGB, der ausdrücklich einen Übergang durch Rechtsgeschäft erfordert, lässt sich damit nicht feststellen. Vertragspartner des Klägers war zu allen Zeitpunkten der Beklagte.

Diese Auffassung wird zudem durch das von dem Beklagten ausgestellte Zeugnis gestützt. In diesem Zeugnis hat der Beklagte das Ausbildungsverhältnis nämlich ein-

deutig als das seine ausgegeben und war von einer Übergabe des Hotels an einen anderen nicht die Rede. Diesem kommt daher die Wirkung eines Anerkenntnisses der in diesem Rechtsstreit geltend gemachten Forderungen zu.


(Dr. Peterson)

Rechtsanwalt

Öffentliche Sitzung des Arbeitsgerichts**Geschäfts-Nr.: 4 Ca 770/05**

Düsseldorf, den 02.11.2005

Anwesend:

Vorsitzende(r):

Richter am ArbG Gertz

Ehrenamtliche Richter:

Wentzel und Segger

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle:

Auf die Zuziehung eines Urkunds-
beamten wird verzichtet. Die Auf-
zeichnung erfolgt auf Tonträger.

In dem Rechtsstreit

Ücker ./ Spedition Kowalski

erscheinen nach Aufruf der Sache:

1. der Kläger, seine gesetzliche Vertreterin Frau Elfriede Ücker sowie Rechtsanwalt Dr. Peterson,
2. der Beklagte und Rechtsanwältin Dr. Pfleging.

Die Sach- und Rechtslage wird erörtert.

Der Beklagte, persönlich gehört, erklärt: Dem Vortrag, ich hätte gefälschte Bilanzen vorgelegt, muss ich entschieden entgegentreten. Ich habe mich allerdings mit Frau Brückner Mitte August 2005 über die Aufhebung des Pachtvertrages geeinigt. Seit Anfang August 2005 führe wieder ich den Hotelbetrieb unter dem Namen „Falterhof“, nachdem dieser ab Mai 2005 zum Erliegen gekommen war.

Der Klägervertreter stellt den Antrag aus der Klageschrift.

Die Beklagtenvertreterin beantragt, die Klage abzuweisen.

B.u.v.:

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.

Hinweis des LJPA: Von einem Abdruck der am Schluss der Sitzung verkündeten Entscheidung wird zu Prüfungszwecken abgesehen.



(Gertz)

Richter am Arbeitsgericht

Für die Richtigkeit der Übertragung
vom Tonträger



- Nagel -

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Entscheidungszeitpunkt ist der **02.11.2005**.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten, den Streitwert und die Zulassung der Berufung ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Kommt die Bearbeitung zur Unzulässigkeit der Klage, so ist insoweit zur Begründetheit in einem Hilfspgutachten Stellung zu nehmen.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Der Bearbeitung ist die den Kandidaten zur Verfügung stehende Fassung des **Berufsbildungsgesetzes** vom **14.08.1969** zugrunde zu legen.

Es ist davon auszugehen, dass eine Güteverhandlung durchgeführt wurde und gescheitert ist.

Es ist zu unterstellen, dass keine von der gesetzlichen oder arbeitsvertraglichen Rechtslage abweichenden tarifvertraglichen Bestimmungen bestehen.

Die Klageschrift ist dem Beklagten am 15.07.2005 zugestellt worden.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Lu 3223

Dem Vortrag liegt eine Austauschprüfungsaufgabe des Landesprüfungsamtes für Juristen Rheinland-Pfalz zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

A. Zulässigkeit der Klage

Die Klage dürfte zulässig sein. Insbesondere dürfte das Arbeitsgericht Düsseldorf gemäß den §§ 2 Abs. 1 Nr. 3 lit. a), 46 Abs. 2 Satz 1 ArbGG, 495, 12, 13 ZPO zuständig sein. Als Minderjähriger ist der Kläger nicht prozessfähig (§§ 51, 52, 106 ff. BGB), da § 113 Abs. 1 Satz 1 BGB auf Ausbildungsverhältnisse keine Anwendung findet (vgl. Palandt/Heinrichs, 64. Aufl., § 113 Rn. 2). Hier wird der Kläger jedoch ordnungsgemäß durch seine Mutter - der Vater ist verstorben - gesetzlich vertreten (§§ 51 Abs. 1 ZPO, 1629 BGB).

B. Begründetheit der Klage

Die Klage dürfte unbegründet sein.

Dem Kläger dürfte gegen den Beklagten kein Anspruch auf Ausbildungsvergütung für die Monate Februar bis April 2005 zustehen. Das Ausbildungsverhältnis des Klägers mit dem Beklagten dürfte mit Wirkung ab dem 01.02.2005 gemäß § 613a Abs. 1 Satz 1 BGB auf Frau Vera Brückner übergegangen sein. Der Beklagte haftet daher gemäß § 613a Abs. 2 Satz 1 BGB nur noch für solche Verpflichtungen, die vor dem Zeitpunkt des Betriebsübergangs entstanden sind und vor einem Jahr nach diesem Zeitpunkt fällig werden. Da der Kläger hier Ausbildungsvergütung für die Zeit nach dem zum 01.02.2005 erfolgten Betriebsübergang geltend macht, dürfte der Beklagte folglich nicht passivlegitimiert sein.

a) § 613a BGB ist nicht nur auf Arbeits-, sondern auch auf Ausbildungsverhältnisse anzuwenden (vgl. Palandt/Weidenkaff, a.a.O., § 613a Rn. 5). Zwar nennt § 613a BGB im Wortlaut nur Arbeitsverhältnisse. Für die Einbeziehung von Ausbildungsverhältnissen in den in den Anwendungsbereich des § 613a BGB spricht jedoch, dass Ausbildungsverhältnisse aufgrund der Verweisung in § 3 Abs. 2 BBiG a. F. (§ 10 Abs. 2 BBiG n. F. - *steht den Kandidaten nicht zur Verfügung*) grundsätzlich denselben Regeln wie Arbeitsverhältnisse unterworfen sind.

b) Der bislang von dem Beklagten geführte Betrieb dürfte mit Wirkung zum 01.02.2005 auf Frau Brückner übergegangen sein. Der Übergang eines Betriebes setzt einen Wechsel in der Person des Betriebsinhabers unter Wahrung der Identität des Betriebes voraus (vgl. Palandt/Weidenkaff, a.a.O., § 613a Rn. 11). Dies dürfte hier der Fall gewesen sein. Der Beklagte hat unwidersprochen vorgetragen, dass er sich aus dem Betrieb des Hotel-Restaurants Falterhof zum 01.02.2005 vollständig zurückgezogen hat und ab diesem Zeitpunkt Frau Vera Brückner das Hotel zwar unter neuem Namen aber unter Nutzung der bisherigen Lieferantenbeziehungen und des Kundenstamms als Pächterin eigenständig fortgeführt hat.

c) Es dürfte auch der nach § 613a BGB vorausgesetzte rechtsgeschäftliche Übergang vorgelegen haben. Hieran dürfte auch der Vortrag des Klägers, Frau Brückner habe den Pachtvertrag wegen arglistiger Täuschung angefochten, so dass der Pachtvertrag mit Wirkung ex tunc beseitigt worden sei, nichts ändern. Ein rechtsgeschäftlicher Betriebsübergang im Sinne des § 613a BGB liegt nämlich auch dann vor, wenn das zugrunde liegende Rechtsgeschäft nichtig ist (vgl. Palandt/Weidenkaff, a.a.O., § 613a Rn. 14). Das Tatbestandsmerkmal „durch Rechtsgeschäft“ dient allein der Abgrenzung zu den Fällen des Betriebsübergangs durch Gesamtrechtsnachfolge (vgl. Palandt/Weidenkaff, a.a.O., § 613a Rn. 14). Ob das Rechtsgeschäft, welches dem Betriebsübergang zugrunde liegt, wirksam ist, dürfte hingegen grundsätzlich unerheblich sein, da es der Schutzzweck des § 613a BGB gebietet, allein darauf abzustellen, ob die Übernahme der Organisations- und Leitungsmacht willentlich geschieht (vgl. Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht/Preis, 5. Aufl. § 613a BGB Rn. 61). Etwas anderes dürfte allerdings dann angenommen werden können, wenn der Schutzzweck der die Nichtigkeit anordnenden Norm schwerer als der Schutzzweck des § 613a BGB wiegt. Dies dürfte auf die durch § 123 BGB geschützte Entschließungsfreiheit gegenüber dem durch § 613a BGB geschützten Bestand des Arbeitsverhältnisses aber nicht zutreffen.

d) Der Kläger hat dem Übergang des Ausbildungsverhältnisses auch nicht gemäß § 613a Abs. 6 BGB widersprochen. Da der Beklagte den Kläger entsprechend § 613a Abs. 5 BGB informiert hat, ist die Widerspruchsfrist nunmehr abgelaufen.

e) Den Beklagten dürfte auch nicht seinerseits die Haftung aus § 613a Abs. 1 Satz 2 BGB wegen der zum 01.08.2005 erfolgten Rückübertragung des Betriebes hinsichtlich der hier geltend gemachten Ansprüche treffen. § 613a Abs. 1 Satz 2 BGB ordnet nämlich nur den Eintritt in die zum Zeitpunkt des Betriebsübergangs noch bestehenden Arbeitsverhältnisse an. Das Ausbildungsverhältnis des Klägers endete aber aufgrund seiner Kündigung bereits zum 30.04.2005. Mangels Firmenfortführung kommt auch eine Haftung nach § 25 Abs. 1 Satz 1 HGB nicht in Betracht.

f) Entgegen der Auffassung des Klägers dürfte das Ausbildungszeugnis, welches der Beklagte dem Kläger erteilt hat, auch kein Anerkenntnis der Vergütungsansprüche enthalten. Der Wortlaut des Zeugnisses gibt für eine Verpflichtungsübernahme des Beklagten nichts her. Dem dürfte auch nicht entgegenstehen, dass der Beklagte das Zeugnis auch für einen Zeitraum erteilt hat, in dem der Kläger schon bei Frau Brückner beschäftigt war. Dieser Umstand dürfte sich nämlich auch allein damit erklären lassen, dass der Beklagte dem Kläger ein umfassendes Zeugnis über dessen Ausbildung ausstellen wollte. Weder Wortlaut, Anlass noch Zweck der Zeugniserteilung lassen daher zwingend auf einen auf ein Anerkenntnis gerichteten Parteiwillen schließen.

C. Ergebnis

Nach der hier vertretenen Lösung dürfte die Klage abzuweisen sein.

Textkontrolle: BGB, ZPO, ArbGG, BBiG.